A19 Kinder und Jugendliche

Gremium: Regionsverband Hannover
Beschlussdatum: 14.04.2021

Text

Junge Menschen sind die Zukunft

Die Lebenslagen und Bedürfnisse von jungen Menschen sind gesamtgesellschaftlich von großer Bedeutung. Ihre Teilhabe an schulischer und beruflicher Bildung ist wesentlich für ihr Erwachsenenleben.

Wir unterstützen auch in Zukunft die Maßnahmen, die zielgerichtet Jugendliche unterstützen, die nicht auf dem direkten Weg in die Ausbildung gelangen. Auf die gute Qualität der Bildungsträger legen wir besonderen Wert. da dürfen die Finanzen einer Maßnahme nicht das Entscheidungskriterium für eine Zusage zur Durchführung sein.

Alle gesetzlichen und freiwilligen Leistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen in einem Teilhabe-Pass gebündelt werden, der regionsweit gilt (z.B. Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Region S-Karte, HannoverAktivPass). Damit wollen wir insbesondere die Inanspruchnahme der Leistungen für Bildung und Teilhabe erhöhen und generell dafür sorgen, dass möglichst viele Leistungen bei den Kindern ankommen.

Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft fängt meist mit kleinen Schritten an – und muss bereits bei den Kindern anfangen! Jedes Kind mit heilpädagogischem Förderbedarf muss die Möglichkeit haben, wohnortnah zusammen mit den Nachbarskindern eine integrative Gruppe in einer Kita zu besuchen. Bei der Bau-Förderung neuer Kitas durch die Region muss Voraussetzung für eine Förderung werden, dass die Räume mindestens für eine integrative bzw. inklusive Gruppe geeignet sind.

Wir wollen Orte für Kinder und Jugendliche schaffen. Jugendliche und Kinder brauchen Orte, wohnortnah und alltäglich offen, wo sie sofort bei Bedarf Hilfe finden, wo sie unkompliziert Unterstützung in sozialen und / oder schulischen Fragen erhalten. An diesen Orten können sie sich treffen - wahlweise in großen Räumen oder Sporthallen auch während der Pandemie unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln -, sie können lernen und gemeinsam Zeit verbringen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine enge Verzahnung zwischen Schule, Jugendeinrichtungen, Betriebe und Universitäten mit übergreifenden Beratungsstrukturen fördern.
- Personalsynergien bilden mit institutionellen und freien Trägern.
- psychosoziale Angebote hinsichtlich Gewalt, Suizid, Missbrauch u.a. stärken, 24h-Angebote über social-media-Kanäle anbieten.
- Maßnahmen an außerschulischen Lernorten sollen früher beginnen, um Schüler*innen wieder an den Lernprozess heranzuführen.
- Teilnahme insbesondere von benachteiligten Jugendlichen an demokratischen Prozessen und in politischen Ausschüssen stärker aktiv unterstützen.
- alle gesetzlichen und freiwilligen Leistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien in einem „Teilhabe-Pass“ bündeln.
- ein Ombudssystem, das ist eine Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Region Hannover, einrichten.
- Bau-Förderung neuer Kitas durch die Region an die Voraussetzung koppeln, so dass mindestens ein Raum für eine inklusive Gruppe geeignet ist.